

**Entscheidungsvorschläge zu abwägungsrelevanten Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren**

**Bezeichnung der Maßnahme:** Bebauungsplan Nr. 260 „Südlich Oldenburger Straße“ mit baugestalterischen Festsetzungen

**Verfahrensgang:** Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Auslegung vom 22.06.2016 bis 06.07.2016)

Behörde und Datum des Schreibens	Entscheidungsvorschlag
<p>1. <b><u>Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Marienstraße 34, 30171 Hannover</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 21.06.2016</u></b></p> <p>Sofern in den anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenforschung empfohlen wird, macht das LGLN darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegluftebilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, wird um eine entsprechende schriftliche Auftragserteilung gebeten.</p>	<p>Am 30.06.2016 wurde das LGLN beauftragt, die Auswertung der Luftbilder für den Geltungsbereich des Bauleitplanes vorzunehmen.</p>

Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbeseitigung im Planbereich vorliegt.

**Stellungnahme vom 08.08.2016**

Die zurzeit bei der LGLN vorhandenen Luftbilder wurden ausgewertet (siehe Vermerk(e) in beigelegter Kartenunterlage).

Die Aufnahmen zeigen Bombardierung/ Kriegseinwirkungen/ Bodenverfärbungen im Planungsbereich (siehe farblich gekennzeichnete Flächen in beigelegter Kartengrundlage).

Daher ist davon auszugehen, dass noch Kampfmittel vorhanden sein können, von denen eine Gefahr ausgehen kann. Aus Sicherheitsgründen werden in den rot markierten Flächen Gefahrenforschungsmaßnahmen empfohlen.

Hinsichtlich der erforderlichen Gefahrenforschungsmaßnahmen muss sich an die zuständige Gefahrenabwehrbehörde gewandt werden.

Da bei den Sondierungen auch Munition aufgefunden werden kann, deren Entsorgung aus Billigkeitsgründen kostenfrei erfolgt, sollten im Interesse eines eventuellen Erstattungsanspruches die Sondierungen erst nach einer erfolgten Preisanfrage (drei Firmen) vergeben werden.

Es sind nur Luftbilder im Maßstab 1:40.000 verfügbar. Im Planungsbereich sind keine Bombentrichter erkennbar. Aussagen über Bombenblindgängerverdachtspunkte können nicht getroffen werden.

Vor den Erschließungsarbeiten werden entsprechende Untersuchungen zu Bombardierung/ Kriegseinwirkungen/ Bodenverfärbungen durchgeführt und sofern Kampfmittel gefunden werden, werden diese vor Baubeginn beseitigt.

**2. Wasserverband Hümmling, Postfach 12 58, 49754 Werlte**

**Stellungnahme vom 24.06.2016**

Gegen die vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine Bedenken.

Auf die entlang der Nordgrenze des Plangebietes (Südseite der Oldenburger Straße) im Bereich der Einmündung der geplanten Erschließungsstraße verlegte Trinkwasserversorgungsleitung wird hingewiesen und darum gebeten, Erdarbeiten in Leitungsnähe nach Bestimmung der genauen Leitungslage von Hand und mit entsprechender Vorsicht durchzuführen.

Ferner wird zur trinkwasserseitigen Erschließung des Plangebietes und zur späteren Überwachung und Wartung des Rohrleitungsnetzes darum gebeten, im öffentlichen Verkehrsraum entlang der Straßen des Plangebietes einseitig einen Streifen mit einer Breite von rd. 1,25 m zur Verfügung zu stellen, der frei von Baumbepflanzungen und Befestigungen ist. Soweit eine Oberflächenbefestigung des Leitungstreifens dennoch vorgesehen ist, wird angeregt, einen wiederverwendbaren Platten- oder Pflasterbelag zu wählen.

Bei der Durchführung der Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wird darum gebeten, einen Mindestabstand von 2,5 m zu vorhandenen und geplanten Wasserleitungen insbesondere mit Baumbepflanzungen einzuhalten. Auf das DVGW-Arbeitsblatt GW 125 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung sind aus Sicht des Verbandes keine Anmerkungen zu machen.

Der Hinweis des Wasserverbandes Hümmling wird zur Kenntnis genommen und bei den weiteren Planungen sowie bei den Erschließungsarbeiten berücksichtigt.

Im Zuge der Detailplanungen zur Umsetzung der Planung werden die Anregungen des Wasserverbandes geprüft und sofern möglich bei der Durchführung berücksichtigt.

Die externe Kompensation wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen aus dem Ökokonto wurden bereits umgesetzt.

3. **Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Hammerbrookstraße 44,  
20097 Hamburg**

**Stellungnahme vom 27.06.2016**

Seitens der DB AG, DB Immobilien, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, wird folgender Gesamtstellungnahme abgegeben:

Durch das o. g. Verfahren werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt. Der Geltungsbereich liegt in ca. 148 m Entfernung zur Bahngrundstücksgrenze. Wir gehen davon aus, dass planfestgestelltes DB Gelände nicht überplant wird. Folgender Hinweis ist für die weitere Planung zu beachten:

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.

Ansprüche gegen die Deutsche Bahn AG aus dem gewöhnlichen Betrieb der Eisenbahn in seiner jeweiligen Form sind seitens des Antragstellers, Bauherrn, Grundstückseigentümers oder sonstiger Nutzungs-

Planfestgestelltes DB – Gelände ist von der Planung nicht betroffen.

Zum Bebauungsplan Nr. 260 wurde ein Lärmschutzgutachten von einem Fachbüro erstellt. Das Gutachten berücksichtigt neben dem Straßenverkehrslärm auch den Schienenverkehrslärm. Grundlage der Berechnungen bilden die von der Deutschen Bahn AG zur Verfügung gestellten Angaben über die Verkehrsbelastungen für das Prognosejahr 2025 auf dem Streckenabschnitt 2931 Papenburg - Aschendorf.

Das Gutachten hat ergeben, dass Aufgrund der Vorbelastung durch den Straßen- und Schienenverkehrslärm es tags und nachts in Teilbereichen des geplanten Wohnbaugebietes zu Überschreitungen der Orientierungswerte für die vorgesehene WA-Nutzung kommt. Durch entsprechende passive Lärmschutzmaßnahmen, die in den Planunterlagen festgesetzt werden, lässt sich dennoch ein wohnverträgliches Umfeld schaffen.

Der Hinweis der Deutschen Bahn AG wird zur Kenntnis genommen.

<p>berechtigter ausgeschlossen.</p> <p>Es dürfen die Sicherheit und der Betrieb des Eisenbahnverkehrs auf den planfestgestellten und gewidmeten Bahnstrecken nicht gefährdet oder gestört werden. Die Standsicherheit und die Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (insbesondere Bahndamm, Kabel- und Leitungsanlagen, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise etc.) sind stets zu gewährleisten.</p> <p>Es wird davon ausgegangen, dass die Baumaßnahme auf öffentlichen, privaten Flächen / Öffentlichen Straßenzügen stattfindet, in denen sich keine Anlagen der Deutschen Bahn AG befinden.</p> <p>Es sind die Abstandsflächen gemäß LBO sowie sonstige baurechtliche und nachbarrechtliche Bestimmungen einzuhalten. Für Abweichungen der LBO wird keine Veranlassung gesehen.</p> <p>Es wird um Übersendung des Abwägungsbeschlusses sowie des Satzungsbeschlusses zu gegebener Zeit gebeten.</p>	<p>Da das Bahngelände von der Planung nicht betroffen ist, ist eine Störung der Sicherheit oder des Betriebes ausgeschlossen.</p> <p>Die Baumaßnahmen finden nicht auf Anlagen der Deutschen Bahn AG statt.</p> <p>Nach Abschluss der Planung wird das Abwägungsergebnis zur Verfügung gestellt.</p>
<p><b>4. <u>Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Lingen, Postfach 20 80, 49790 Lingen</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 28.06.2016</u></b></p> <p>Das Plangebiet liegt südlich der Kreisstraßen 109 (Oldenburger Straße) im Stadtteil Aschendorf der Stadt Papenburg. Vorgesehen ist die Darstellung einer Wohnbaufläche. Die verkehrliche Erschließung ist zur Kreisstraße 109 vorgesehen. Die hierfür zuständige Straßenbauabteilung des Landkreises Emsland in Meppen ist am Genehmigungsverfahren zu beteiligen. Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen keine Bedenken, da die vom Geschäftsbereich Lingen wahrzunehmenden Belange von der Planung nicht berührt werden.</p>	<p>Der Hinweis der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Lingen zum Genehmigungsverfahren wird bei der weiteren Planung berücksichtigt. Der Landkreis Emsland in Meppen wurde und wird weiterhin am Bauleitplanverfahren beteiligt.</p>

<p>5. <b><u>Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände Aschendorf-Hümmling, Geschäftsstelle, Emdener Straße 14, 26871 Aschendorf</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 23.06.2016</u></b></p> <p>Seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ bestehen unter Berücksichtigung des nachstehenden Gesichtspunktes grundsätzlich keine Bedenken:</p> <p>Der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ ist am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.</p>	<p>Der Hinweis des Kreisverbandes Aschendorf – Hümmling wird berücksichtigt und der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ wird am wasserrechtlichen Verfahren beteiligt.</p>
<p>6. <b><u>Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, 26121 Oldenburg</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 29.06.2016</u></b></p> <p>Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.</p> <p>Aus dem Plangebiet sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Archäologischen Denkmalpflege keine archäologischen Fundstellen bekannt. Da die Mehrzahl archäologischer Funde oder Befunde jedoch obertägig nicht sichtbar sind, können sie auch nie ausgeschlossen werden.</p> <p>Der Hinweis auf die Meldepflicht von Bodenfunden ist bereits in den Antragsunterlagen enthalten.</p>	<p>Die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege wurde zur Kenntnis genommen.</p>

<p>7. <b><u>Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Heisfelder Straße 2, 26789 Leer</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 28.06.2016:</u></b></p> <p>Seitens der Vodafone Kabel Deutschland GmbH wird folgende Stellungnahme abgegeben:</p> <p>Eine Erschließung des Gebietes erfolgt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Diese sind in der Regel ohne Beteiligung des Auftraggebers an den Erschließungskosten nicht gegeben.</p> <p>Wenn die Stadt Papenburg an einem Ausbau interessiert ist, ist die Vodafone Kabel Deutschland GmbH gerne bereit, ein Angebot zur Realisierung des Vorhabens zur Verfügung zu stellen. Es wird gebeten, sich diesbezüglich mit der Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Neubaugebiete KMU, Südwestpark 15, 90449 Nürnberg, in Verbindung zu setzen.</p>	<p>Der Hinweis der Vodafone Kabel Deutschland GmbH wird zur Kenntnis genommen und für die Durchführung der Planung geprüft.</p>
<p>8. <b><u>Deutsche Telekom Technik GmbH, TI NL Nord, Hannoversche Straße 6 – 8, 49084 Osnabrück</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 30.06.2016:</u></b></p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung wird wie folgt Stellung genommen:</p>	

<p>Die Telekom wird die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet prüfen. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentcheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten. Die Versorgung der Bürger mit Universaldienstleistungen nach § 78 TKG wird sichergestellt.</p> <p>Es wird gebeten, Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens drei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen und die Telekom zu der Baubesprechung mit den Versorgungsbetrieben einzuladen. Die Telekom wird dann einen Mitarbeiter zu der Besprechung entsenden.</p> <p>Bei Planänderungen ist die Telekom erneut zu beteiligen.</p>	<p>Die Hinweise der Deutschen Telekom Technik GmbH werden zur Kenntnis genommen und bei der Durchführung der Planung berücksichtigt.</p> <p>Die Telekom wird bei Planänderungen am Bauleitplanverfahren weiter beteiligt.</p>
<p><b>9. <u>Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Emden, Brückstraße 38, 26725 Emden</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 07.07.2016</u></b></p> <p>Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt hat von dem Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 260, der im Bereich südlich der Oldenburger Straße im Stadtteil Aschendorf einen Entwicklung mit einer Wohnbebauung vorsieht, Kenntnis genommen. Da nach dem Kenntnisstand des Gewerbeaufsichtsamtes das Omnibusunternehmen Elbers (ggf. u.a. ein Nachbetrieb) nicht mehr im Entwicklungsbereich der geplanten Fläche am Standort Oldenburger Straße 19 in Aschendorf ansässig ist, bestehen aus immissionsrechtlicher Sicht gegen den Planvorentwurf keine grundsätzlichen Bedenken.</p>	<p>Die Stellungnahme des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes wird zur Kenntnis genommen.</p>



10. **Landkreis Emsland, Postfach 15 62, 49705 Meppen**

**Stellungnahme vom 14.07.2016**

Seitens des Landkreises Emsland wird wie folgt Stellung genommen:

**Naturschutz und Forsten**

Das Plangebiet grenzt im Norden an die Oldenburger Straße, die hier von einer lockeren Bebauung aus freistehenden Wohnhäusern begleitet wird. Im Osten beginnt ebenfalls eine Wohnbebauung, die parallel zur Oldenburger Straße verläuft. Die Südgrenze des Plangebietes wird von einer linearen Gehölzstruktur, die sich aus einem landschaftsbildprägenden Altbaumbestand zusammensetzt, bestimmt. Südlich des Altbaumbestandes öffnet sich die freie und offene Landschaft, die hier landwirtschaftlich geprägt ist, aber von zahlreichen Baumreihen, Feldhecken und/oder Windschutzstreifen durchzogen wird. Im Westen zeigt sich ein ähnliches Bild.

Das Plangebiet selbst wird von einem recht nassen Grünland eingenommen. Gruppen, die das Plangebiet sowohl von Nord nach Süd als auch von Ost nach West durchziehen und auch über längere Perioden Wasser führen, zeugen davon.

Im Sinne der Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild (§ 13 Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) gilt es vorrangig, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher den örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um schutzwürdige Grünstrukturen im Plangebiet wie Waldflächen, Baumreihen oder –gruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer, aber

Eine Vermeidung des Eingriffs im Geltungsbereich ist nicht möglich, da in Papenburg noch immer ein Bedarf an Wohnbauland besteht und dieser in direkter Nachbarschaft zu bereits bestehenden Strukturen gedeckt werden soll. Die im Süden bestehenden Baumstrukturen werden in den Bebauungsplan aufgenommen, so dass diesbezüglich der Eingriff minimiert werden kann. Ein dauerhafter Erhalt wird durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes sichergestellt.

auch bedeutsame und landschaftsprägende Besonderheiten wie Geländeerhebungen, Geländekanten, -abbrüche oder –senken zu schützen und dauerhaft zu erhalten. Gleiches gilt für Landschaftselemente und -bestandteile, die einen kulturhistorischen oder vergleichbaren Hintergrund erkennen lassen, wie Hohlwege, markante Einzelbäume z. B. Gerichtseichen), Alleen, Eschböden, Gesteinsformationen bzw. Findlinge in exponierter Lage.

Für die Bauleitplanung ist eine Umweltprüfung durchzuführen. Die entsprechenden Erhebungen und Untersuchungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine vollständige Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.

Aus der zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung sind die Lage, die Art und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen, die spätestens auf dieser Ebene der Bauleitplanung konkret und detailliert in Wort und Bild darzustellen sind, abzuleiten. Die Kompensationsmaßnahmen haben sich dabei an der Beeinträchtigung und Zerstörung der vorhandenen Biotoptypen zu orientieren.

Eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) wird für erforderlich erachtet. Sowohl die Lage und die Beschaffenheit des Plangebietes als auch die an der Südgrenze des Plangebietes vorhandenen Altbaubestände rechtfertigen die Durchführung einer saP. Eine Betroffenheit von Arten und Lebensräumen gemäß § 19 und 44 BNatSchG kann nicht ausgeschlossen werden. Zu untersuchen sind die Tiergruppen der Brutvögel, der Fledermäuse und der Amphibien.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Bebauungsplans auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde ein Umweltbericht sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet. Auch die Eingriffsbilanzierung wurde erstellt.

Die externe Kompensation wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen aus dem Ökokonto wurden bereits umgesetzt.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Bebauungsplans auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde, neben einem Umweltbericht, auch eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet.

## Straßenbau

Das Plangebiet befindet sich innerhalb der baugesetzlichen und verkehrsrechtlichen Ortsdurchfahrt Aschendorf südlich der Kreisstraße 109 von km 0,420 bis km 0,560.

Bei der weiteren Ausarbeitung sind folgende Punkte zwingend zu beachten.

- Für den Anschluss der neuen Erschließungsstraße an die Kreisstraße 109 sowie für den Ausbau des westlich des Plangebietes verlaufenden städtischen Wirtschaftsweges mit Anbindung an die Kreisstraße 109 ist jeweils eine Kreuzungsvereinbarung mit dem Landkreis Emsland – Fachbereich Straßenbau – abzuschließen. Die Planungen hierzu sind frühzeitig abzustimmen.
- An den Einmündungen der vorgenannten Erschließungsstraßen sind die erforderlichen Sichtdreiecke mit den Abmessungen von 70 m auf der Kreisstraße 109 und 10 m auf den Zuwegungen (neue Erschließungsstraße / städtischer Wirtschaftsweg) dauerhaft freizuhalten.
- Der Landkreis Emsland – Fachbereich Straßenbau – ist an den Baugenehmigungsverfahren der Grundstücke zu beteiligen, die eine unmittelbare verkehrliche Erschließung (Zufahrt) zur Kreisstraße 109 beantragen bzw. benötigen.
- Von der Kreisstraße 109 können Emissionen ausgehen. Für die in Kenntnis dieses Sachverhaltes errichteten baulichen Anlagen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich des Immissionsschutzes geltend gemacht werden.

Der Hinweis zur Kreuzungsvereinbarung wird bei der weiteren Planung berücksichtigt.

Die erforderlichen Sichtdreiecke an den Einmündungen der neuen Erschließungsstraße und des Wirtschaftsweges wurden im Plan festgesetzt.

Der Hinweis zum Baugenehmigungsverfahren der Grundstücke, die ihre unmittelbare verkehrliche Erschließung zur K 109 benötigen, wird beachtet.

Der Hinweis zu den Entschädigungsansprüchen hinsichtlich des Immissionsschutzes wird zur Kenntnis genommen.  
Zum Bebauungsplan Nr. 260 wurde ein Lärmschutzgutachten von einem Fachbüro erstellt. Das Gutachten hat ergeben, dass Aufgrund der Vorbelastung durch den Straßen- und Schienenverkehrslärm es tags und nachts in Teilbereichen des geplanten Wohnbaugebietes zu Überschreitungen der Orientierungswerte für

## **Wasser- und Bodenschutz, Abfallwirtschaft**

### **Abfall und Bodenschutz**

Das Plangebiet ist in der Nähe der im Altlastenverzeichnis östlich befindlichen Altlastenverdachtsfläche „Eigenverbrauchstankstelle Straßenmeisterei Aschendorf“ (Anlagen-Nr. 454 041 5 010 0007) und dem südöstlich auf der gegenüberliegenden Straßenseite bekannten Altstandort „Tankstelle Schulze“ (Anlagen-Nr. 454 041 5 010 0002) gelegen.

Aufgrund der auf dem Altstandort „Tankstelle Schulze“ als erfolgreich zu bewertenden abgeschlossenen Sanierung sowie aktuell vorliegender Untersuchungsergebnisse besteht für den Altstandort kein weiterer Altlastenverdacht.

Die auf der Altlastenverdachtsfläche „Eigenverbrauchstankstelle (EVT) Straßenmeisterei Aschendorf“ vormals unterirdisch gelagerten Tankbehälter wurden zwischenzeitlich entfernt.

Da zur Altlastenverdachtsfläche „EVT Straßenmeisterei Aschendorf“ keine Gefährdungsabschätzung gemäß Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) durchgeführt wurde bzw. vorhandene Bodenuntersuchungen Jahre vor der Außerbetriebnahme der auf dem Gelände vorhandenen Dieseltankstelle durchgeführt wurden, sind aus Gründen der Vorsorge daher in den Bebauungsplan folgende textliche Festsetzungen aufzunehmen:

- Grundwasserhaltungen bei Tiefbaumaßnahmen sind vorab mit

die vorgesehene WA-Nutzung kommt. Durch entsprechende passive Lärmschutzmaßnahmen, die in den Planunterlagen festgesetzt werden, lässt sich dennoch ein wohnverträgliches Umfeld schaffen.

Die Hinweise zum Thema „Abfall und Bodenschutz“ wurden in den Bebauungsplan und in die dazugehörige Begründung aufgenommen.

dem Landkreis Emsland, Fachbereich Umwelt, abzustimmen und sachverständig zu begleiten und zu überwachen.

- Eine Grundwasserentnahme innerhalb des Plangebietes zum Zwecke der Nutzung als Trinkwasser ist unzulässig. Die Trinkwasserversorgung darf nur über das öffentliche Leitungsnetz erfolgen.
- Eine Grundwasserentnahme im Plangebiet zum Zwecke der Nutzung als Brauchwasser ist nur zulässig, wenn dieses Wasser vorher auf mögliche Verunreinigungen / Kontaminationen untersucht und eine Unbedenklichkeit durch ein entsprechendes Gutachten nachgewiesen wird.

#### Abfallentsorgung

Es wird darauf hingewiesen, dass das Plangebiet unter Beachtung der Vorschriften der BG Verkehr nicht mit Fahrzeugen der öffentlichen Abfallentsorgung befahren werden kann. Das Rückwärtsfahren und das Befahren von Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit sind für Entsorgungsfahrzeuge bei der Sammelfahrt nicht zulässig.

Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit Entsorgungsfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und Wendeplätze (Minstdurchmesser 18 m) zu gewährleisten. Sofern im Einzelfall ein ausreichend dimensionierter Wendeplatz nicht angelegt werden kann, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraße ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Abfuhrfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitzustellen. Die Entfernungen zwischen den jeweils betroffenen Grundstücken und dem Bereitstellungsort der Abfallbehälter an der ordnungsgemäß zu befahrenden Straße dürfen ein vertretbares Maß (i.d.R. < 80 m) nicht überschreiten. Im Bebauungsplan ist die entsprechende Stellfläche für Abfallbehälter festzusetzen. Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen ist so anzulegen, dass eine Rückwärtsfahrt des Sammelfahrzeuges nicht erforderlich ist.

Die innere Erschließung des Plangebietes erfolgt, ausgehend von der Oldenburger Straße, zuerst in Richtung Süden und knickt in westliche Richtung ab. Dieser Abschnitt der Erschließungsstraße erhält eine Breite von 7,30 m. Dadurch wird sichergestellt, dass ein Fahrzeug der Abfallentsorgung auch an einem parkenden Fahrzeug im Wohngebiet vorbeikommt, Zwischen der Oldenburger Straße und der Meppener Straße ( B 70) verläuft entlang des westlichen Geltungsbereiches ein städtischer Wirtschaftsweg, an den die neue Erschließungsstraße anschließt. Dieser Weg soll im Bereich zwischen der Anbindung der Erschließungsstraße des neuen Baugebietes und der Oldenburger Straße auf 3,60 m ausgebaut werden. Die Erschließung erhält eine Einbahnstraßenregelung. Das Abfallfahrzeug kann so in das geplante Wohngebiet reinfahren und über den ausgebauten Wirtschaftsweg wieder rausfahren.

<p><u>Brandschutz</u></p> <p>Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes sind bei der Ausführung wie folgt zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.</li> <li>• Für das geplante Baugebiet ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass eine Löschwassermenge von 48 m³/h (über 2 Stunden) zur Verfügung steht (Durchmesser der Leitung mindestens 100 mm).</li> <li>• Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Stadtbrandmeister festzulegen.</li> </ul>	<p>Die Planungen werden aus brandschutztechnischer Sicht mit dem Stadtbrandmeister der Stadt Papenburg abgestimmt.</p>
<p><b>11. <u>EWE NETZ GmbH, Netzregion Cloppenburg/Emsland, Postfach 02 10, 49735 Haselünne</u></b></p> <p><b><u>Stellungnahme vom 06.07.2016</u></b></p> <p>Seitens der EWE NETZ GmbH wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Im Geltungsbereich der 102. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 255 „Nördlich Johann-Bunte-Straße“ mit baugestalterischen Festsetzungen befinden sich Versorgungsleitungen der EWE NETZ GmbH sowie Straßenbeleuchtungsleitungen der Stadt Papenburg mit den zugehörigen Anlagen.</p>	

<p>Diese Leitungen und Anlagen müssen in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) erhalten bleiben und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Es muss sichergestellt werden, dass diese Leitungen und Anlagen durch das Vorhaben der Stadt Papenburg weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Bevor die Grundstücke zur Bebauung freigegeben werden, ist dafür Sorge zu tragen, dass die Versorgungsträger in der von der Stadt Papenburg zur Verfügung zu stellenden Leitungstrasse alle notwendigen Arbeiten ausführen können. Grundlage für die Leitungstrasse sind Bauvorschriften und Sicherheitshinweise der EWE NETZ GmbH sowie u. a. BGV C22, BGR 500, BGI 759. Dabei sind die Leitungstrassen so zu planen, dass die geforderten Mindestabstände gemäß VDE und DVGW Regelwerke eingehalten werden. Im Bebauungsplan ist für die privaten Straßenflächen ein Leitungs- und Wegerecht für die EWE NETZ GmbH festzulegen. Eine Oberflächenbehandlung im Bereich von Versorgungsleitungen sollte so geplant werden, dass die Herstellung von Hausanschlüssen, Störungsbeseitigungen, Rohrnetzkontrollen usw. problemlos durchgeführt werden können.</p> <p>In dem angefragten Bereich des Bebauungsplanes Nr. 260 „Südlich Oldenburger Straße“ sind keine Versorgungseinrichtungen der EWE NETZ GmbH betroffen.</p> <p>Unter der Voraussetzung, dass die vorhandenen Versorgungsleitungen und Anlagen sowie die Hinweise der EWE NETZ GmbH berücksichtigt werden, bestehen seitens der EWE NETZ GmbH keine Bedenken gegen das geplante Vorhaben.</p> <p>Es wird gebeten, die EWE NETZ GmbH auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und frühzeitig zu beteiligen. Sollten Anpassungen der Anlagen der EWE, wie z. B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder andere not-</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und bei der Durchführung der Planung berücksichtigt.</p> <p>Die entsprechenden Vorschriften und Regelwerke werden bei der Durchführung der Planung beachtet.</p> <p>Da die Leitungen in die öffentlichen Straßenverkehrsflächen verlegt werden und diese Flächen öffentlich gewidmet werden, ist die Eintragung eines Leitungs- und Wegerechts nicht erforderlich.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH wird auch am weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt.</p>
--	---

<p>wendige Betriebsarbeiten wegen begründeter Vorgaben und Freigaben erforderlich werden, sollen für die technische Vorgehensweise die geltenden gesetzlichen Regelungen und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind vom Vorhabenträger vollständig zu tragen und dementsprechend der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostenverteilung vertraglich geregelt.</p>	
---	--

**Verfahrensgang: Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 (Auslegung vom 22.06.2016 bis 06.07.2016)**

**Es wurden keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingereicht.**